



# 2010/33 dschungel

<https://jungle.world/artikel/2010/33/zurueck-zur-kritik>

**Antwortet auf Judith Butlers These des »Homonationalismus«**

## Zurück zur Kritik

Von **Volker Weiß**

**Eine Antwort auf die Thesen Judith Butlers über »Homonationalismus«.**

Judith Butler, gegenwärtig Professorin im kalifornischen Berkeley und in den Neunzigern Shootingstar des poststrukturalistischen Feminismus, hat der Jungle World (30/2010) ein ausführliches Interview gegeben. Anlass war Ihre Ablehnung des »Preises für Zivilcourage«, der ihr im Rahmen des Berliner CSD verliehen werden sollte. Sie warf den Veranstaltern vor, sich an rassistischer Stimmungsmache gegen Minderheiten zu beteiligen. Hintergrund ihres Protestes war wohl die Tatsache, dass einige der Veranstalter homophobe Übergriffe durch Täter aus Einwanderfamilien thematisiert hatten. Butlers Ausführungen über die Gründe für ihre Ablehnung bleiben jedoch kryptisch.

Auf Bitte der Interviewerin Katharina Hamann, die sich im Laufe des Interviews zunehmend in eine konträr argumentierende DiskutantIn verwandelt, vermag Butler die Vorwürfe, das Berliner schwule Überfalltelefon »Maneo« sei rassistisch, nicht zu konkretisieren. In der Debatte über homophobe Gewalt in traditionellen migrantischen Milieus sieht sie grundsätzlich ein Phänomen des »Homonationalismus«. Anschließend bewegt sich das Gespräch vom Anlass weg und führt tiefer hinein in ein Theoriegebäude, dem nach Auskunft der Befragten die Suche nach »Widerstandskoalitionen« im »Kampf gegen die Gewalt des Staates« zugrunde liegt. Schließlich nähert sich die Debatte der Problematik des Umgangs mit islamisch geprägter Homophobie.

Im Zuge des Interviews kommt Butler auf Hizbollah und Hamas zu sprechen, die nach ihrer Einschätzung »deskriptiv gesehen« in der Linken zu verorten seien. Sie seien als »soziale Bewegungen zu begreifen, die progressiv und links, die Teil einer globalen Linken sind«, hatte sie in einem Vortrag in Berkeley erklärt. Im Interview mit der Jungle World führt sie dazu aus, sie sollten als Widerstand gegen »Kolonialismus und Imperialismus« verstanden werden und gehörten daher »unter die Kategorie ›links««. Selbst für Menschen, die den amerikanischen Kriegen im Mittleren Osten oder der israelischen Politik kritisch gegenüberstehen, sind diese Urteile schwer nachvollziehbar. Generell hinterlässt die Lektüre des Gesprächs das Gefühl, Judith Butler habe sich beim Thema Islamismus um Kopf und Kragen geredet.

Statt zu fragen, welches die Bedingungen sind, unter denen sich ganze Gesellschaften auf einen vormodernen Textkorpus berufen und was aus den Säkularisierungsschüben und der

Industrialisierung geworden ist, wie sie sich etwa im Panarabismus Bahn brachen, verfällt die gefeierte Dekonstruktivistin in plumpe Binäroptionen: hier Kolonialismus, dort Befreiungskampf. Das ist linker Kitsch, wie man ihn von schlechten Flugblättern kennt. Dass Hamas und Hizbollah selbst für sich die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte beanspruchen und eine äußerst repressive islamische Gesellschaftsform anstreben, hindert Butler nicht daran, diese der Linken zuzuschlagen. Ein soziales und mitunter antigouvernementales Profil weisen aber alle sich religiös legitimierenden sozialen Bewegungen auf. Nach Butlers Argumentation wären auch der europäische Sozialkonservatismus des 19. Jahrhunderts oder die isolationistische extreme Rechte Amerikas »links«. Von einer Theoretikerin, deren Werk wesentlich darauf beruht, einfache Zuordnungen zurückzuweisen, wäre in dieser Frage mehr zu erwarten gewesen. Dass sie das gesamte Gespräch hindurch holzschnittartig argumentiert, zeigt, dass sie sich wie viele Linke dem Hauptproblem nicht stellen will: Der Islamismus ist ein durch die Moderne gebrochener und radikalisierte Konservatismus. Er ist daher etwa so progressiv, wie es die faschistischen Bewegungen in Europa nach dem Ersten Weltkrieg waren, die einer ähnlich krisenhaften Dynamik entsprangen. Außerdem fußt gerade der konservative Ordnungsdiskurs im Wesentlichen darauf, »ewige« Kategorien wie Geschlecht und Herrschaft erst zu produzieren. Islamistische Organisationen exerzieren dies exemplarisch vor. Gerade hinsichtlich der Geschlechterdifferenz beruht ihre Weltanschauung auf der biologischen Begründung gesellschaftlicher Strukturen. Diese Gruppen nun ausgerechnet von Judith Butler, deren Name mit der Erkenntnis gesellschaftlicher Determination des Geschlechts verbunden ist, als »progressiv« verkauft zu bekommen, ist schon eigenartig. Tatsächlich kann eine Bewegung, die ihren Schwerpunkt in religiöser Transzendenz und nicht im Gesellschaftlichen verortet, nicht links sein, zumindest wenn man diesen Begriff mit materialistischer Philosophie in Verbindung bringt. Auch ihre Aufforderung, die »EuropäerInnen« sollten sich doch besser gegen »die Homophobie in der katholischen Kirche« wenden als den fundamentalistischen Islam zu kritisieren, ist in mehrfacher Hinsicht problematisch: Sie zeugt zunächst davon, dass Butler den Islam noch immer als etwas Außereuropäisches betrachtet, eine Sicht, die weder historisch haltbar ist noch mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit übereinstimmt. Für den nordostdeutschen Raum – Butlers Hauptkritik galt dem Berliner CSD – ist ihr Argument noch fragwürdiger. Der Gesamtanteil der Katholiken in Berlin ist nur geringfügig höher als der von Muslimen, wobei sich die Gewichtung in einigen Stadtteilen und hinsichtlich der Frage nach praktizierter Religiosität noch einmal deutlich zugunsten des Islam verschieben dürfte.

Hinzu kommt eine historische Problematik: Vor allem in Preußen war der Stand des Katholizismus selbst lange prekär. Im 19. Jahrhundert kam es sogar zu kurzzeitigen katholisch-jüdischen Allianzen, um der protestantischen Dominanz etwas entgegenzusetzen zu können. Anders als in Frankreich oder Italien taugt der Katholizismus in weiten Teilen Deutschlands daher nicht wirklich als Hauptangriffspunkt von Herrschaftskritik. Bedenkt man dazu seine enge Verflechtung mit der polnischen nationalen Minderheit im Osten des Reiches, so stößt man erneut auf eine Unterdrückungsgeschichte. Wollte man also Butlers Argumentation gegen sie selbst wenden, so könnte man ihr unterstellen, mit dem Vorschlag, sich gegen den Katholizismus und nicht gegen den Islam zu wenden, antikatholische Ressentiments zu pflegen und eine Minderheit gegen die andere auszuspielen. Abgesehen davon hat die europäische Linke den Katholizismus wahrlich nie

mit Kritik verschont.

Weiter behauptet sie, auch eine laizistisch motivierte Kritik am Islam sei eine »neue« Spielart des Rassismus. Betrachtet man allerdings, wie sich Rassisten zu diesem Thema äußern, erkennt man schnell, dass dieses Argument kaum trägt. So schreibt die Deutsche Stimme, der man als offiziellem Organ des parteipolitisch organisierten Neonazismus hinsichtlich Rassismus einige Kompetenz zugestehen kann, in ihrer aktuellen Ausgabe: »Das letzte, was beide Seiten (die Mehrheitsgesellschaft wie auch die Zuwanderer, V.W.) brauchen können, ist die unterschiedslose Einschmelzung in eine laizistische One-World-Gesellschaft, die nur noch aus ›MenschInnen‹ ohne Herkunft und Identität besteht. Deshalb ist auch die hierzulande gepredigte ›Integration‹ für niemanden ein Fortschritt: Sie führt zur Überfremdung unseres eigenen Landes, gleichzeitig beraubt sie die Zuwanderer ihrer Identität.« Das Lob der kulturellen Differenz ist längst rechts außen angekommen und fungiert als Vorwand, um Menschen ihre Rechte zu verweigern. Statt der Achtung der Würde des Einzelnen dient es hier der gewollten Isolation ungewollter Bevölkerungsteile. Dass ein fundamentalistischer Islam seitens der NPD sogar als »positive Integrationsbremse« begrüßt wird, ist seit geraumer Zeit bekannt. Denn nichts schreckt die Nazis heute so sehr wie die gelungene Aneignung des postmodern-urbanen Lifestyles durch die Kinder traditioneller Einwanderermilieus. Damit würden diese nämlich tatsächlich untrennbar zum Teil der Gesellschaft. Entsprechend formuliert das NPD-Blatt weiter: »Nicht Burqa oder Gesichtsschleier sind abzulehnen, sondern die Massenzuwanderung als solche. Im Nachhinein den Zugewanderten Vorschriften über ihr Erscheinungsbild auferlegen zu wollen, ist letztlich ein Rückzugsgefecht. Richtiger wäre es gewesen, sie gar nicht erst ins Land zu lassen.« Rassisten sind also keinesfalls selbstverständlich »islamophob«, wie auch Kritik des religiösen Fundamentalismus nicht dazu dient, »Europa rassistisch rein zu halten«, wie es Judith Butler behauptet. Ebenso wenig wie Homophobie ein Monopol migrantisch geprägter Milieus ist, ist sie ein Folklorelement, das traditionellen Identitäten zugestanden werden muss. Wie alle Ressentiments dient auch dieses dem Erhalt etablierter Machtverhältnisse und ist daher politisch motiviert. Wenn es Einflüsse gibt, die das Ressentiment befördern – und diese sind eben auch in migrantischen und islamischen Milieus präsent –, dann ist die Benennung dieses Übels notwendig. Rassistisch wird diese Benennung erst, wenn die Kritik zur essentialistischen Zuschreibung, das Kritisierte also als etwas naturhaft Unüberwindbares gesehen wird. Wer einzelne Milieus einer Gesellschaft dagegen von angemessener Kritik grundsätzlich ausnimmt, spricht diesen damit die Veränderungsfähigkeit ab und reduziert sie auf eine zugeschriebene Identität. Es hinterlässt ohnehin einen schlechten Nachgeschmack, wenn weiße Privilegierte aus den Industriegesellschaften den Kulturen und Gesellschaften der »Anderen« jene Prozesse der Säkularisierung und Aufklärung verweigern, die ihre eigenen Communities erst nach oben gespült haben. Butlers Belehrungen sind Ausflüchte vor der Erkenntnis, dass sich die in den sechziger Jahren als revolutionär gefeierten Massenbewegungen der sogenannten Dritten Welt mitsamt ihrer Anhänger in den Industriestaaten als ebenso anfällig für reaktionäre Ideologien erwiesen haben, wie es sich in europäischen Bewegungen gegen Ende des 19. Jahrhunderts abzeichnete. So bleibt die Fragestellerin mit dem Problem alleine, wie die aus queerer Perspektive richtige Reaktion auf einen sich auch in Europa zunehmend politisch und fundamentalistisch artikulierenden Islam aussehen soll.